

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 8. September 1950

Nummer 37

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Beitrag zur Frage der Monopolkontrolle, der Mitbestimmung sowie der wirtschaftspolitischen Führung

In der Frage der Monopolkontrolle wie der der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb werden vielfach beiden Einrichtungen neben vielem Zweckmäßigen auch Leistungen zugemutet, die allein der staatlichen wirtschaftspolitischen Führung zufallen, so daß die Befürworter z. T. von ihnen Falsches erwarten und die Gegner sie mit Hinweis auf die Unmöglichkeit dieser spezifischen Leistung fälschlicherweise ganz ablehnen. Zur Förderung der Diskussion soll im folgenden auf diesen Punkt vom Blickwinkel der Konjunkturforschung aus — ohne im übrigen Stellung zu nehmen — kurz eingegangen werden.

Das Dilemma der Monopoldiskussion

Die moderne Theorie der Marktwirtschaft hat überzeugend nachgewiesen, daß es eine freie Konkurrenz im Sinne der alten klassischen Theorie streng genommen nicht gibt und geben kann, sondern nur Marktpositionen mit mehr oder weniger monopolartigem Charakter. Jeder Anbietende auf dem Markt hat nämlich irgendwie eine „Sonderleistung“ anzubieten. Praktisch jedoch ist dieser monopolistische Charakter in der weitaus überwiegenden Anzahl der Marktpositionen so schwach ausgebildet, daß bei ihnen das Geschehen am Markt dem Schema der freien Konkurrenz entspricht — oder zum mindesten entsprechen könnte, wenn nicht durch marktwidrige Machtpositionen künstlich der Zwang zu konkurrenzwirtschaftlichem Verhalten aufgehoben wird. Da die freie Konkurrenz in diesen Fällen zweifellos die Bereitstellung der betreffenden Waren am Markt zu den wirklichen Grenzkosten, d. h. zu niedrigsten, eben noch mit den Produktionskosten zu vereinenden Preisen sichert und damit der Masse das höchst mögliche Realinkommen garantiert, ist es sinnvoll, durch eine Monopolkontrolle hier alle monopolistischen Bestrebungen zu unterbinden. Die „Forderung nach Wettbewerb“ ist um so schwieriger zu erfüllen, als es sich um unabwendbare monopolartige Marktpositionen handelt; eine „Zerschlagung“ der Monopolpositionen kann insoweit keine bessere Marktordnung hervorrufen. Bei den „monopoloiden“ und „oligopolistischen“ Positionen, also bei solchen Marktpositionen, bei denen der Monopolcharakter noch nicht überwiegt, muß dagegen ver-

sucht werden, mit allen Mitteln ein konkurrenzwirtschaftliches Verhalten zu erzwingen und dabei u. U. künstlich Konkurrenz zu erzeugen oder einzurichten. Bei den echten Monopolen jedoch versagt notwendigerweise eine Politik, die „konkurrenzwirtschaftliches Verhalten“ erzwingen will. Der Gedanke, der der heutigen Monopoldebatte zugrunde liegt, daß die Monopolkontrolle diese echten, unabwendbaren Monopole zwingen solle, ihre Preise so zu stellen, „als ob“ sie Konkurrenzpreise wären, übersieht, daß eine Richtschnur fehlt, wie diese „Als-Ob-Konkurrenzpreise“ aussehen, da es auf diesen Gebieten freie Konkurrenz nicht geben kann; die Monopolkontrolle stünde also insofern vor einer unlösbaren Aufgabe. Offensichtlich ist mit einer solchen Zielrichtung die Aufgabe falsch angefaßt, da der Marktmechanismus in diesen Fällen den „richtigen“ Preis, wie er unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten als gerechtfertigt anzusehen ist, gar nicht herstellen kann. Eine Entscheidung über den Preis ist dann aber nicht mehr Aufgabe einer an formale Richtlinien gebundenen Monopolkontrolle, sondern die Aufgabe der das materielle Wirtschaftsgeschehen ins Auge fassenden staatlichen Wirtschaftsführung. Hier liegt eine echte Führungs- und Planungsaufgabe des Staates vor, deren Erfüllung den privatwirtschaftlichen Charakter der Wirtschaft im übrigen nicht aufzuheben braucht, sondern unter Umständen seinen Bestand sogar bewußt festigt¹⁾.

¹⁾ Vgl. hierzu u. a.: Der Schutz des Wettbewerbs in der sozialen Marktwirtschaft. Bericht über eine Arbeitstagung. Mit einem leitenden Referat von Prof. L. Miksch. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten. Frankfurt 1950.

Überbelastete Mitbestimmung?

Eine ähnliche Überbelastung einer geplanten Institution mit Aufgaben, die ihren Kompetenzbereich überschreiten, liegt vermutlich auch bei den Vorschlägen zur Durchführung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in den Betrieben vor. Eine Unternehmungsleitung wird allein deshalb noch kaum geneigter sein, die gesamtwirtschaftlichen Belange zu berücksichtigen, wenn in ihr die Betriebsangehörigen ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Der „Betriebsegoismus“, der in erster Linie auf höheren Ertrag gerichtet ist, kann damit sowohl anwachsen als auch abnehmen. Es ist aus der Hereinnahme von Betriebsangehörigen durchaus nicht unter allen Umständen eine Förderung der Gesamtproduktivität der Wirtschaft zu erwarten. Andererseits ist die Gefahr einer etwaigen Fehllenkung der Unternehmungen gewiß kein durchschlagendes Argument dafür, die „Mitbestimmung“ abzulehnen.

Ebenso ist der Hinweis auf die unantastbaren Eigentumsrechte der Besitzer der Unternehmungen und die daraus abzuleitenden alleinigen Leitungsbefugnisse schwerlich durchschlagend zur Begründung einer Ablehnung eines leitenden Boards der Unternehmungen, in dem Vertreter der Arbeitnehmer Sitz und Stimme haben. Das Betriebsvermögen ist ganz eindeutig zu einem erheblichen Teil heute (und schon seit Beginn des modernen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems) durch „Selbstfinanzierung“ gebildet worden. Diese Selbstfinanzierung wiederum ist so eindeutig die Folge des besonderen, modernen Preismechanismus der Marktwirtschaft¹⁾, daß dieses so gebildete Neuvermögen schwerlich ohne weiteres mit „erarbeitetem“ Vermögen ganz auf eine Stufe gestellt werden kann. Der verhältnismäßig geringe Anteil der Fremdfinanzierung an der Finanzierung der Neuinvestitionen im Aufschwung seit Mitte 1948 ist für diesen Prozeß charakteristisch. Andererseits zeigen die praktischen Beispiele gerade in Amerika den großen Wert der Heranziehung erfahrener Betriebsangehöriger in die Betriebsleitung deutlich, daß die großen Reserven, die hier für die produktivere Gestaltung der Betriebe noch unerschlossen liegen, nicht übersehen werden dürfen²⁾.

Die Belastung der geplanten Institution mit Aufgaben, die höheren Stellen der Wirtschaftsführung wesensgemäß vorbehalten bleiben müs-

sen, ist der Grund dafür, daß die Erörterungen nur schleppend weitergekommen sind. Wenn es die Aufgabe der Mitbestimmung sein soll, den Arbeitnehmern den richtigen Anteil am volkswirtschaftlichen Ertrag zukommen zu lassen, so kann das offensichtlich nicht auf der Ebene der Unternehmungen allein gelöst werden. Wann und in welchem Umfang dem Streben der Arbeitnehmer nach einem höheren Anteil am volkswirtschaftlichen Ertrag und zum mindesten nach einem höheren Realeinkommen Rechnung getragen werden kann und u. U. sogar Rechnung getragen werden muß, ist schwerlich nach den jeweils in einem speziellen Unternehmen anfallenden Daten zu ermesen, sondern nach der gesamtwirtschaftlichen (strukturellen und außenwirtschaftlichen) und in sehr hohem Maße auch nach der konjunkturellen Situation. Höhere Investitionen und verstärkte internationale Arbeitsteilung zielen letzten Endes auf höheres Realeinkommen: ob es gewährt werden kann, hängt einmal davon ab, ob und wie weit das mit beidem erstrebte Ziel erhöhter Produktivität erreicht worden ist. Aber Investitionen sind auch nur dann sinnvoll, wenn sie in einer ausreichenden Höhe des Massenkonsums ihre rentabilitätsmäßige Stütze finden. So müßte normalerweise der Konsum ständig wachsen, um neue Investitionen marktmäßig zu rechtfertigen. Noch brennender kann die Steigerung des Konsums werden, wenn das Tempo der Investitionen, das sich im Aufschwung (oder im Wiederaufbau) notwendig erweist, über dem normalen Fortschrittsprozentsatz liegt, sich nach der Sättigung eines besonderen Investitionsbedarfs diesem normalen Fortschrittsprozentsatz wieder anzupassen tendiert oder gar vorübergehend darunter sinkt. Alles das sind Schwierigkeiten, die — nach den Erfahrungen vieler Jahrzehnte — die freie Marktwirtschaft, wenn überhaupt, so nur mit mehr oder weniger erträglichen Schwankungen der gesamten Wirtschaftstätigkeit zu lösen fähig ist, und die — darüber ist im Grundsatz wohl kein Zweifel —, wenn nicht beseitigt, so zumindest ganz wesentlich gemildert werden müssen. Die sorgfältige Führung dieser Entwicklung — mit „konformen“ Mitteln und bei geringen Reibungskosten — ist aber eine Aufgabe der allgemeinen Wirtschaftspolitik sowie der speziellen Konjunktur- und Strukturpolitik, die nicht unmittelbar in den Zuständigkeitsbereich der Unternehmungen fällt. Würde diese Aufgabe aber auf höherer Ebene und hier unter voller Mitwirkung der sozialen Gegenspieler (von Unternehmervertretungen und Gewerkschaften) ausreichend gelöst, so daß sie auf der betrieblichen Ebene als Problem kaum mehr auftaucht, so könnten sich die Betriebe ihrem eigenen großen Aufgabenbereich unter aktiver Mitwirkung der Betriebsangehörigen um so unbehinderter zuwenden¹⁾.

¹⁾ Bildung von Übergewinnen im Aufschwung bei hohen Investitionen und — bei hoher Konsumneigung — daraus sich ergebenden Voranteilen der Konsumtenausgaben über das laufende Konsumgüterangebot; daraus resultierend Preisteigerung und Sondergewinne, die bei der unter diesen Verhältnissen unzureichenden Sparkapitalbildung und daher unzureichenden Fremdfinanzierung zur „Selbstfinanzierung“ der Investitionen verwendet werden; der ganze Prozeß ermöglicht durch den modernen Kreditmechanismus. Näheres über diesen der Konjunkturtheorie allgemein geläufigen Prozeß u. a. in den Beiträgen: „Zur konjunkturellen Situation“ im Vierteljahrsheft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jahrg. 1949.

²⁾ Vgl. dazu: Lewis Galantieri (America Today: A Freehand Sketch, in: Foreign Affairs, An American Quarterly Review, July 1950. S. 544/5).

¹⁾ Vgl. dazu auch die Berichte des britischen Committee of Industrial Productivity und der britischen Gewerkschaften über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen über die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Unternehmer in USA in der Frage der Steigerung der Produktivität. (Siehe u. a. „The Economist“ vom 29. 7. 50, S. 222 ff).

Die Sachschäden Berlins im Vergleich zum Vorkriegsvolksvermögen

Berlin hat nicht nur durch Kriegsschäden, sondern in nahezu ebenso hohem Maße durch Demontagen und Plünderungen gelitten. Von dem Vorkriegsvolksvermögen der Reichshauptstadt ging beinahe ein Viertel durch Bombenschäden und Kampfeinwirkungen verloren, etwa ein weiteres Sechstel wurde nach der Kapitulation zerstört bzw. als Reparationsleistungen entnommen. Unter den Kriegsfolgeschäden hatte vor allem das Berliner Gewerbe zu leiden. Durch Demontagen und Plünderungen wurde die Westberliner Industrie mit besonderer Wucht getroffen. Das Anlagevermögen des gesamten Westberliner Gewerbes war nach Abschluß der Demontagen nur noch etwa halb so groß wie vor dem Kriege. Trotz dieser schweren Verluste stellt das heute noch in Westberlin vorhandene Volksvermögen einen enormen Wert dar. Es kann in Vorkriegspreisen auf 14 bis 15 Mrd. RM geschätzt werden, was einem heutigen Wert von 28 bis 30 Mrd. DM entsprechen dürfte.

Das Vorkriegsvolksvermögen

Berlin war vor dem Kriege nicht nur eines der wichtigsten Dienstleistungszentren Kontinentaleuropas, sondern auch seine bedeutendste Industriestadt. Auf die Bevölkerung bezogen lag in der deutschen Hauptstadt das Volkseinkommen um ein Drittel, das Volksvermögen um ein Fünftel über dem Reichsdurchschnitt.

Das Volksvermögen Berlins 1939
Schätzung der Größenordnungen

Vermögenseteil	Volksvermögen von Großberlin in Mrd. RM	davon Anteil in vH	
		Westberlin	Sowj. Sektor
Industrie, Energie u. Handwerk	9 — 9,5	63	37
Handel, Banken u. Gaststätten	3,5	60	40
Verkehrswesen	3,9	63	37
Oeffentliche Bauten	3,5	50	50
Wohngebäude	12	63	37
Hausrat u. persönlicher Besitz	8 — 9	65	35
Auslandsanlagen	1	63	37
Gesamtes Vermögen	41 — 43	62	38

Das gesamte Vorkriegsvolksvermögen Großberlins kann auf 41—43 Mrd. RM geschätzt werden. Davon entfielen schätzungsweise 20—21 Mrd. RM auf Wohngebäude und persönlichen Besitz der Bevölkerung; das gewerbliche Vermögen — Industrie, Handel und Verkehrswesen — kann mit 16,5—17,5 Mrd. RM veranschlagt werden. Das restliche Volksvermögen — öffentliche Bauten und Auslandsanlagen — repräsentierte einen Wert von rd. 4,5 Mrd. RM. Dabei wurde der Anteil Berlins am deutschen Auslandsvermögen mit 10 vH angenommen.

Im Jahre 1939 hatten 63 vH der Einwohner ihren Wohnsitz im heutigen Westberlin, 37 vH im heutigen sowjetischen Sektor. Der jeweilige Anteil West- und Ostberlins am Volksvermögen entsprach im allgemeinen der Bevölkerungsverteilung. Abweichungen von dieser Schlüsselzahl ergaben sich bei den Banken, bei den Gaststätten sowie bei den öffentlichen Bauten zugunsten des sowjetischen Sektors, zu dem die ehemalige „City“ Großberlins gehört. Diese war bevorzugter Standort der Ministerien, der Großbanken und bedeutender Hotels. Beim Hausrat und persönlichen Besitz ist ein leichtes Überwiegen der Westsektoren anzunehmen, da die Villenvororte Berlins vor allem im Westen liegen.

Die Sachschäden

Durch den Krieg ist die eindeutige Vorrangstellung Berlins innerhalb Deutschlands minde-

stens materiell schwer erschüttert worden. Kaum eine deutsche Großstadt hat derartig schwere Verluste an Sachkapital hinnehmen müssen wie die ehemalige Reichshauptstadt. Besonders die Industrie wurde schwer betroffen und verlor rd. drei Viertel der ursprünglich vorhandenen Kapazität. Unter Einschluß der Energieversorgung und des Handwerks büßte das produzierende Gewerbe etwa drei Fünftel seines Anlagevermögens ein. Auch das übrige Gewerbe hat rd. die Hälfte seines Vorkriegsvermögens durch den Krieg verloren.

Die Sachschäden Großberlins
Schätzung der Größenordnungen

Vermögenseteil	Sachschäden insgesamt	davon			
		Kriegsschäden	Kriegsfolgeschäden	Kriegsschäden	Kriegsfolgeschäden
		Mrd. RM		Anteil in vH	
Industrie, Energie und Handwerk	5—6	1,5—1,8	3,5—4,2	40	60
Handel, Banken u. Gaststätten	1,7—1,8	0,8	0,9—1	45	55
Verkehrswesen	0,7	0,5	0,2	70	30
Oeffentliche Bauten	1,1—1,2	0,8	0,3—0,4	70	30
Wohngebäude	3,9—4,1	3,8—4	0,1	95	5
Hausrat u. persönl. Besitz	2,8—3,1	2,3—2,6	0,5	85	15
Auslandsanlagen	1	—	1	—	100
Gesamter Vermögensverlust	16—18	9,5—10,5	6,5—7,5	59	41

Insgesamt läßt sich der in Großberlin entstandene Sachschaden auf 16—18 Mrd. RM (in Preisen von 1939) schätzen; das sind über zwei Fünftel des Vorkriegsvolksvermögens. Während des Krieges wurden Vermögensgüter im Werte von rd. 10 Mrd. RM zerstört und in den wenigen Wochen nach der Kapitulation bis zum Eintreffen der Westalliierten verlor die Stadt schätzungsweise weitere 7 Mrd. RM. Während die Bombenschäden neben der Industrie vor allem die Wohngebäude und den Hausrat sowie den persönlichen Besitz betrafen, konzentrierten sich die nach Kriegsende erfolgenden Demontagen weitgehend auf das Gewerbe. Dazu trat — ebenfalls als Kriegsfolgeschaden — der Verlust der Auslandsanlagen.

Vermögensbilanz nach Abschluß der Demontagen

Mitte 1945 waren die Demontagen im wesentlichen abgeschlossen. Von dem Vorkriegsvolksvermögen waren in Großberlin zu dieser Zeit noch knapp drei Fünftel vorhanden. — Westberlin

hatte hierbei relativ etwas höhere Verluste erlitten als der sowjetische Sektor, da die Demontage von industriellen Anlagen und die Entnahme von Lagervorräten in Westberlin besonders rigoros betrieben worden war. Während im sowjetischen Sektor gut die Hälfte des gewerblichen Vermögens verloren ging, hat Westberlin beim produzierenden Gewerbe (Industrie einschl. Energieversorgung und Handwerk) mehr als drei Fünftel der Kapazität eingeübt und beim übrigen Gewerbe ebenfalls etwa die Hälfte.

Die geringsten Einbußen hat das Verkehrswesen erlitten. Von dem hier investierten Vermögen blieben schätzungsweise vier Fünftel erhalten. Jedoch wurde vor allem der Fahrzeugpark stark dezimiert, weniger die stehenden Anlagen, so daß der Verlust schwerer wiegt als das statistische Bild erkennen läßt.

Vormögensbilanz Berlins Mitte 1945
Schätzung der Größenordnungen

Vermögensteil	Volks- ver- mögen 1939	Sachschäden durch		Rest- liches Volks- ver- mögen 1945	Restl. Ver- mögen in vH von 1939
		Kriegs- schäden	Kriegs- folge- schäden		
	Mrd. RM				
a) Großberlin					
Industrie, Energie und Handwerk	9—9,5	1,5—1,8	3,5—4,2	4	42
Handel, Banken u. Gaststätten	3,5	0,8	0,9—1	1,7—1,8	50
Verkehrswesen	3,9	0,5	0,2	3,2	82
Oeffentliche Bauten	3,5	0,8	0,3—0,4	2,3—2,4	67
Wohngebäude	12	3,8—4	0,1	7,9—8,1	67
Hausrat u. persönl. Besitz	8—9	2,3—2,6	0,5	5,2—5,9	65
Auslandsanlagen	1	—	1	—	0
Insgesamt	41—43	9,5—10,5	6,5—7,5	24—25	58
b) Westberlin					
Industrie, Energie und Handwerk	5,7—6,0	1,0—1,2	2,4—2,9	2,2—2,3	38
Handel, Banken u. Gaststätten	2,1	0,5	0,5	1,0—1,1	50
Verkehrswesen	2,5	0,3	0,1	2,1	82
Oeffentliche Bauten	1,8	0,4	0,1—0,2	1,2—1,3	69
Wohngebäude	7,5	2,4—2,5	0,1	4,9—5,0	67
Hausrat u. persönl. Besitz	5,2—5,8	1,5—1,7	0,3	3,4—3,8	64
Auslandsanlagen	0,6	—	0,6	—	0
Insgesamt	25,5-26,5	6—6,5	4—4,5	14,5—15	57
c) Sowj. Sektor					
Industrie, Energie und Handwerk	3,3—3,5	0,5—0,6	1,1—1,3	1,7—1,8	48
Handel, Banken u. Gaststätten	1,4	0,3	0,4—0,5	0,7	50
Verkehrswesen	1,4	0,2	0,1	1,1	82
Oeffentliche Bauten	1,7	0,4	0,2	1,1	64
Wohngebäude	4,5	1,4—1,5	—	3,0—3,1	67
Hausrat u. persönl. Besitz	2,8—3,2	0,8—0,9	0,2	1,8—2,1	66
Auslandsanlagen	0,4	—	0,4	—	0
Insgesamt	15,5-16,5	3,5—4	2,5—3	9,5—10	61

Die Folgen der Vermögensschrumpfung für Westberlin

Die Wiederaufstockung des Berliner Volksvermögens konnte nach dem Krieg zunächst nur langsame Fortschritte machen. Bis vor kurzem war in Berlin von einer nennenswerten Erhöhung des verbliebenen Vermögens kaum die Rede. Der absolute Tiefstand der Produktion vom Sommer 1945 konnte zwar relativ rasch überwunden werden, jedoch — von unbedeutenden Ausnahmen abgesehen — nicht durch vermehrte Investitionstätigkeit, sondern durch anhaltende Überbeanspruchung des verbliebenen Produktionsapparates. Die Möglichkeit, die Betriebe durch Selbstfinanzierung mit neuen Maschinen usw. auszustatten, war nur beschränkt gegeben, einmal weil die Produktion, insbesondere von Investitionsgütern, allgemein darniederlag; zum anderen kam dazu, daß die Berliner Betriebe nicht in der Lage waren, größere Investitionsausgaben zu machen, da durch die Bankensperre, von der Berlin und die sowjetische Besatzungszone im Mai 1945 betroffen wurde, sämtliche Betriebs- und Finanzierungsmittel blockiert waren. Für Westberlin allein bedeutete das einen Verlust von rd. 6 Mrd. RM Geldkapital.

Westberlin konnte auch nach der Währungsreform der Blockade wegen das zwangsläufig bis dahin Versäumte zunächst nur in bescheidenem Maße nachholen. Erst die Aufhebung der Blockade schuf die unerläßlichen technischen Voraussetzungen zu einer Korrektur an der verbliebenen Vermögenssubstanz. Es gelang nunmehr unter dem Einsatz verhältnismäßig kleiner Mittel durch Vornahme bestimmter Investitionen und unerläßlicher Reparaturen verschiedene Produktionsengpässe zu beseitigen und die industrielle Kapazität wieder auf etwa die Hälfte des Standes von 1936 zu bringen. Gegenwärtig ist allerdings diese Kapazität infolge fehlender Absatzmöglichkeiten nur unvollkommen ausgenutzt.

Die seit Jahresanfang 1950 einsetzende Überweisung von ERP-Mitteln nach Westberlin dient in erster Linie der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit vor allem der Industrie und damit der Hebung des Absatzes. Die mit Sicherheit zu erwartende Absatzsteigerung wird in der nächsten Zeit die bereits wieder vorhandene Kapazität besser ausnutzen lassen. Damit nähert sich jedoch der Zeitpunkt, zu dem die zur völligen Beseitigung der Arbeitslosigkeit unbedingt erforderliche weitere Produktions- und Absatzsteigerung nur nach Vornahme weiterer, diesmal sehr erheblicher Neuinvestitionen erreicht werden kann.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6 und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6. Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Georg Garbe, Berlin-Wilmersdorf, Koblenzer Str. 6. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. B2341SB, Berlin. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) DM 20.—, halbjährlich DM 11.—, vierteljährlich DM 6.—.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1949										1950						
			Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli		
			25	24,5	26	27	26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	26		
Anzahl der Werktage:																			
Ind. Bruttoproduktionswert ¹⁾	DBR	Mill. DM	S	5160	5035	5250	5495	5766	6011	6214	5919	5418	5230	6185	5589	6060	6339	.	
Prod.-Index (arbeitsmäßig)																			
Industrieproduktion ²⁾																			
einschl. Energie	DBR	1936 = 100		88	88	86	87	92	95	99	96	95	98	101	104	107	108	107	
ohne Energie	.	.	.	85	85	83	84	89	91	96	92	91	95	98	101	105	105	105	
Investitionsgüter insgesamt	.	.	.	82	83	81	81	86	87	92	88	85	90	93	99	104	107	106	
Allgemeine Produktionsgüter																			
einschl. Energie	.	.	.	105	105	104	106	108	111	115	113	115	117	120	120	121	121	123	
ohne Energie	.	.	.	97	98	96	97	99	101	105	101	104	107	112	113	114	115	111	
Verbrauchsgüter insgesamt	.	.	.	80	79	74	78	87	90	96	92	90	94	96	96	97	94	96	
Industrieproduktion West-Berlins	W-B	1936 = 100		.	.	17	19	21	23	27	25	22	26	28	30	28	27	26	
Produktionsgüter insgesamt	.	.	.	.	.	19	21	22	23	28	26	24	26	27	29	27	28	30	
Verbrauchsgüter insgesamt	.	.	.	.	.	9	12	18	23	25	21	16	25	32	34	31	24	23	
Produktion																			
Eisenerz	DBR	1000 t	S	761	739	785	829	777	789	730	759	810	801	929	781	812	868	934	
1949 = 100	.	.	.	100,2	97,3	103,4	109,1	102,3	103,8	96,1	99,9	106,6	105,5	122,3	102,8	106,9	114,3	123,0	
Roheisen	.	1000 t	.	619	603	636	651	598	558	584	633	697	671	772	691	725	762	824	
1949 = 100	.	.	.	104,0	101,3	106,9	109,4	100,5	93,8	98,1	106,4	117,1	112,8	129,7	116,1	121,8	128,1	138,5	
Rohstahl ³⁾	.	1000 t	.	799	777	805	845	770	704	765	812	916	907	1026	907	938	1006	1038	
1949 = 100	.	.	.	104,7	101,8	105,5	110,7	100,9	92,3	100,3	106,4	120,1	118,9	134,5	118,9	122,9	131,8	136,4	
Walzwerkserzeugnisse	.	1000 t	.	540	540	551	582	535	518	555	566	605	573	650	575	625	683	690	
1949 = 100	.	.	.	102,2	102,2	104,3	110,2	101,3	98,1	105,1	107,1	114,5	108,5	123,0	108,8	118,3	129,3	130,6	
Personenkraftwagen	DBR	Anzahl	S	7411	8168	8988	9977	10373	11797	12286	12615	13493	13743	15457	14739	16378	18735	15759	
1949 = 100	.	.	.	85,6	94,3	103,8	115,2	119,7	135,6	141,8	145,6	155,8	158,7	178,4	170,1	189,1	216,2	181,9	
Lastkraftwagen	.	Anzahl	.	4179	4322	4027	4680	4971	5168	5183	4867	4224	4498	5233	4996	6486	7435	7716	
1949 = 100	.	.	.	91,6	94,7	88,2	102,6	109,0	113,3	113,6	106,7	92,6	98,6	114,7	109,5	142,2	163,0	169,1	
Kupfer (Elektrolyt)	DBR	t	S	7932	8140	8905	9085	9545	10023	9864	10809	10850	10194	10993	10630	11080	11381	11452	
1949 = 100	.	.	.	92,3	94,7	103,6	105,7	111,1	116,7	114,8	125,8	126,3	118,7	129,0	123,7	129,0	132,5	133,3	
Blei (Hüttenweich- u. Feinblei)	.	t	.	7325	8020	8518	9863	6588	7598	8018	7827	8505	8872	10910	9878	9463	9963	8861	
Zink (roh)	.	t	.	7496	6904	6896	7059	7495	7848	7926	8543	8909	8468	9573	9787	10289	10150	10774	
Steinkohle ⁴⁾	DBR	1000 t	S	8377	8107	8749	9048	8776	8990	9199	9125	9327	8682	9802	8363	8667	8978	9169	
1949 = 100	.	.	.	97,4	94,2	101,7	105,2	102,0	104,5	106,9	106,0	108,4	100,9	113,9	97,2	100,7	104,4	106,6	
Koks ⁵⁾	.	1000 t	.	2100	2019	2143	2185	2116	2211	2156	2221	2241	2048	2264	2116	2164	2065	.	
1949 = 100	.	.	.	100,2	96,4	102,3	104,3	101,0	105,5	102,9	106,0	107,0	97,8	108,1	101,0	103,3	98,6	.	
Steinkohlenbriketts	.	1000 t	.	283	300	297	305	313	288	311	336	330	309	347	239	156	138	196	
Braunkohle	.	1000 t	.	5824	5438	5951	6044	5949	6328	6207	6432	6420	5842	6539	5721	5440	5883	6180	
1949 = 100	.	.	.	96,7	90,3	98,8	100,4	98,8	105,1	103,1	106,8	106,6	97,0	108,6	95,0	90,3	97,7	102,6	
Braunkohlenbriketts	.	1000 t	.	1180	1101	1227	1265	1216	1253	1158	1236	1210	1126	1318	1158	1193	1229	1270	
Stromerzeugung ⁶⁾	DBR	Mill. kWh	S	2981	2803	3005	3173	3231	3451	3588	3774	3696	3265	3576	3277	3270	.	.	
1949 = 100	.	.	.	93,8	88,2	94,5	99,8	101,7	108,6	112,9	118,7	116,3	102,7	112,5	103,1	102,9	.	.	
Gaserzeugung ⁷⁾	.	Mill. chm	.	1100	1060	1111	1132	1105	1153	1122	1170	1184	1081	1208	1139	.	.	.	
1949 = 100	.	.	.	100,5	96,9	101,6	103,4	101,0	105,4	102,5	106,9	108,2	98,8	110,2	103,8	.	.	.	
Erdölförderung	.	1000 t	.	64,9	69,6	76,2	76,7	74,6	77,8	75,2	80,6	80,9	80,6	90,4	89,6	94,3	92,0	96,0	
1949 = 100	.	.	.	92,6	99,3	108,8	109,5	106,5	111,1	107,3	115,0	115,5	115,0	129,0	127,9	134,6	131,3	137,0	
Zeitungsdruckpapier	DBR	1000 t	S	10,5	10,0	10,9	10,9	12,2	12,7	12,7	13,6	13,7	13,3	15,0	12,6	14,0	15,0	14,7	
1949 = 100	.	.	.	99,2	94,5	103,0	103,0	115,3	120,0	120,0	128,5	129,4	125,7	141,7	119,1	132,3	141,7	138,9	
Papier und Pappe (ohne Zeitungs- druckpapier)	.	1000 t	.	98,3	95,5	96,3	98,2	95,4	98,7	101,2	102,4	105,8	99,8	113,0	95,7	106,4	117,7	119,9	
1949 = 100	.	.	.	103,7	100,7	101,5	103,5	100,6	104,1	106,7	108,0	111,6	105,2	119,2	100,9	112,2	124,1	126,4	
Schwefelsäure ⁸⁾ (SO ₃ -Inhalt)	DBR	1000 t	S	83,6	78,6	79,3	77,5	71,5	75,9	78,0	83,2	88,4	82,9	91,3	93,4	97,6	91,3	95,8	
1949 = 100	.	.	.	107,9	101,5	102,4	100,1	92,3	98,0	100,7	107,4	114,1	107,0	117,9	120,6	126,0	117,9	123,7	
Soda (Na ₂ CO ₃)	.	1000 t	.	46,9	36,7	41,0	42,6	43,7	48,9	48,0	54,8	49,6	47,2	56,9	57,4	57,8	58,4	62,6	
Chlor	.	1000 t	.	12,6	13,3	14,2	13,9	14,5	15,3	15,7	17,2	17,0	14,8	17,2	17,7	18,1	17,5	18,9	
Kammgarne, Streichgarne ⁹⁾	DBR	t	S	5231	4823	5340	5738	6146	6418	6746	6758	6857	6467	7312	5937	6166	6330	6412	
1949 = 100	.	.	.	96,4	88,9	98,4	105,8	113,3	118,3	124,4	124,6	126,4	119,2	134,8	109,4	113,7	116,7	118,2	
Baumwollgarne	.	t	.	19114	17170	17737	20001	22097	22194	22986	23166	23008	22985	26005	20478	21258	21127	19499	
1949 = 100	.	.	.	100,6	90,4	93,3	105,3	116,3	116,8	121,0	121,9	121,1	121,0	136,9	107,8	111,9	111,2	102,6	
Arbeits- und Straßenschuhe	DBR	1000 Paar	S	4029	4106	3068	3350	4505	4660	4651	3918	3363	3427	4500	3570	4031	3833	2023	
1949 = 100	.	.	.	106,3	108,3	80,9	88,4	118,8	122,9	122,7	103,4	88,7	90,4	118,7	94,2	106,3	101,1	53,4	
Haushaltsporzellan	.	t	.	3102	2743	2973	3354	3455	3572	3775	3590	3708	3547	3876	3293	3346	3533	3312	
Schlachtungen ¹⁰⁾																			
Rinder insgesamt	DBR	1000 Stck.	S	97,0															